

# KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative | Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

06/2015



Derzeit stehen viele jugendliche Flüchtlinge vor verschlossenen Türen. Der Besuch eines 10. oder 11. Schuljahres in der PTS wird ihnen verwehrt, obwohl sie in vielen Schulen willkommen wären. Manche von ihnen haben die ersten Schulwochen noch als SchülerInnen im Klassenzimmer verbracht, müssen im Herbst aber die Schulen verlassen. Wer nicht mehr im Pflichtschulalter ist, darf nach derzeitiger Rechtslage nicht an eine PTS aufgenommen werden. Für sie/ihn sind im Finanzausgleich keine Budgetmittel vorgesehen.

## Inhalt

Minderjährige Flüchtlinge brauchen Hilfe, keine Sparpakete | Alles noch im Rahmen? | Integration leicht gemacht! | Inklusions-Rap bringt den Flow | Allen Kindern Recht auf Bildung und Ausbildung sichern | Es liegt nur – an der Struktur... | Flüchtlinge sind für uns eine wichtige Chance! | Schani Jean Margulies, ein Leben für die Unabhängige Gewerkschaft | Interview: 35 Jahre LehrerInnen-Initiativen: Zum Stand der Dinge | Abschied von einem Wegbegleiter | kurz & bündig | Und sie bewegt sich doch, die GÖD | Kunst & Kultur

# Minderjährige, nicht mehr schulpflichtige Flüchtlinge brauchen Hilfe, keine Sparpakete und keine Kompetenzstreitigkeiten

von Renate Brunnbauer und Reinhart Sellner

Die jugendlichen Flüchtlinge brauchen einen Alltag mit Gleichaltrigen. Deutschunterricht und Berufsvorbereitung müssen schnell und professionell angeboten werden. Für 15- und 16-jährige kann das auch die Polytechnische Schule (PTS) leisten, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen – etwa durch zeitlich begrenzte Ausnahmebestimmungen – geschaffen und die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stehen.

Derzeit stehen viele jugendliche Flüchtlinge vor verschlossenen Türen. Der Besuch eines 10. oder 11. Schuljahres in der PTS wird ihnen verwehrt, obwohl sie in vielen Schulen willkommen wären. Manche von ihnen haben die ersten Schulwochen noch als SchülerInnen im Klassenzimmer verbracht, müssen im Herbst aber die Schulen verlassen. Wer nicht mehr im Pflichtschulalter ist, darf nach derzeitiger Rechtslage nicht an eine PTS aufgenommen werden. Für sie/ihn sind im Finanzausgleich keine Budgetmittel vorgesehen.

In der Steiermark hat der Landesschulrat in der akuten Notsituation Flüchtlinge im nicht mehr schulpflichtigen Alter in Polytechnischen Schulen/PTS aufgenommen. Bund/BMBF sollen diese humane, formalrechtlich nicht zulässige Mehrausgabe des Amtes der Landesregierung finanzieren. Über 50 außerordentliche SchülerInnen sollen nun die Schule verlassen, die Meldung

beim Landesschulamt hat bis 23. Oktober, 12 Uhr zu erfolgen. Bis zu 9 LehrerInnen dienstposten sollen eingespart werden.

Unabhängige GewerkschafterInnen der ÖLI und PersonalvertreterInnen sind noch vor Ablauf dieser Frist aktiv geworden, haben mit dem BMBF-Ministerinnen-Büro und der Flüchtlingskoordinatorin Terezija Stoisits Kontakt aufgenommen. Stand am 22. Oktober: Die Umsetzung der Maßnahme wird bis 1. Dezember aufgeschoben, bis dahin sollen Alternativen für die Jugendlichen vorliegen und die Ausschulung wird erst beim Übertritt in die neue, rechtlich und finanziell gesicherte Ausbildungseinrichtung erfolgen. In diesem Fall wird sich voraussichtlich eine NGO in Kooperation mit der betroffenen PTS und unter Mitverwendung der an der PTS tätigen PädagogInnen um den weiteren Bildungsweg der Jugendlichen kümmern. Die budgetär derzeit nicht abgedeckte Arbeit der Schule könnte über die NGO, die Mittel aus der Flüchtlingsförderung bekommt, weiter finanziert werden. Ob den betroffenen KollegInnen Teilzeitarbeit und die Kompensation des Einkommensverlustes durch Teilbeschäftigung bei der NGO angeboten wird oder ob sie als Vollbeschäftigte von der NGO „mitverwendet“ werden, die diese Mitverwendungen dem LSR bzw. BMBF rückerstattet, ist derzeit unklar.

### Kommentar

Rund 18.000 Flüchtlinge im Alter von 14 bis 18 Jahren werden in Österreich in nächster Zeit solidarische Hilfe, Bildung und Ausbildung brauchen. Sie alle den PTS zuzuweisen, überfordert diesen Schultyp. Daher ist es dringend notwendig, die derzeitige Rechtslage zu überdenken und praktikable Lösungen ohne bürokratische Umwege zu finanzieren. Die Öffnung einer Polytechnischen Schule für Jugendliche im Alter von 15 oder 16 kann in manchen Regionen die praktikabelste und günstigste Lösung sein.

Unsere Gesellschaft, ihr sozialer Zusammenhalt und ihre Zukunft hängen auch davon ab, ob diese Jugendlichen in der Schule eine stabile, ihre Bildung fördernde Umgebung erleben und Bildung erwerben oder ob sie die eigene Lage perspektivenlos empfinden. Erst wenn die sprachlichen Barrieren überwunden und die ersten integrativen Schritte gelungen sind, können Angebote für Erwachsene genutzt werden.

Ob die Integration von Zuwanderern, die Gleichbehandlung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, oder ein gerechtes Bildungsangebot für alle – das alles sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die uns etwas wert sein müssen. Was wir heute versäumen, wird morgen und übermorgen Probleme machen, deren Lösungen uns unter Umständen deutlich teurer kommen werden. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen der ÖLI treten dafür ein, dass die Regierung auch dem BMBF die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellt. Wir werden nicht untätig zuschauen, wie durch eine unsoziale Sparpolitik fortgesetzt Schaden angerichtet wird. (rs)

## Linke Positionen – gibt's die noch?

Geschichte und Entwicklung der ÖLI-UG, entstanden zu Beginn der 80iger Jahre aus verschiedenen österreichischen LehrerInnen-Initiativen, werden im neuen Schulheft (2/15) in einem Interview mit Gary Fuchsbauer und in einem Artikel thematisiert. Heidi Pirchner schildert in ihrem Artikel „Woher kommen wir, wohin gehen wir?“ die bildungspolitischen und gesellschaftlichen Hintergründe sowie die ersten 25 Jahre der Österreichische LehrerInnen Initiative. Das Interview mit Gary Fuchsbauer drucken wir auf den S. 10/11 nach. **Danke dem Verlag für die freundliche Genehmigung.**

[www.studienverlag.at/page.cfm?vpath=buecher/buchdetail&titnr=5454](http://www.studienverlag.at/page.cfm?vpath=buecher/buchdetail&titnr=5454)

## Alles noch im Rahmen?

von Andreas Chvatal

„Liebe Leute! Hinsichtlich des Budgetrahmens könnt ihr ganz beruhigt sein. Aufgrund einer eingehenden Betrachtung des Rahmens samt Inhalt kann versichert werden, dass darin derzeit nichts zu finden ist, was für unseren Bereich relevant wäre.“ Allgemeines Aufatmen ist die Folge dieser Mitteilung und es entwickelt sich schnell eine gewisse Selbstzufriedenheit, denn man hatte ja ohnehin angenommen, dass nichts im Rahmen sei. Jedenfalls nichts, um das man sich kümmern müsste.

Die meisten lieben Leute lehnen sich entspannt in ihren Sesseln zurück, nur einer kann sich offenbar nicht freuen. Zögernd hebt er die Hand. „Äh, bitte!“ „Ja, was gibt es denn jetzt noch?“, wird er ungeduldig gefragt.

„Also, ich meine, nur weil jetzt nichts im Rahmen ist, heißt das noch lange nicht, dass dort nicht sehr schnell etwas erscheinen kann. Sollten wir nicht überlegen, was wir in diesem Fall tun werden?“

Dies zieht drei Antworten nach sich.

„Jetzt ist mal nichts zu finden, also müssen wir nichts tun!“

„Natürlich könnte im Rahmen etwas erscheinen, aber so lange wir nicht wissen, was das sein wird, können wir gar nichts tun.“ „Keine Sorge! Sollte es Anzeichen geben, dass doch was im Rahmen ist, wird dieser natürlich sofort erneut genauestens begutachtet.“

„Aha“, sagt der Fragesteller. Es erscheint ihm nicht zielführend, jetzt zu fragen, wo denn die Einsparung von 350 Millionen jährlich, die zuletzt im Budgetrahmen überdeutlich hervorgetreten war, abgeblieben sein kann. Dass man abwarten und im Anlassfall schon die richtigen Maßnahmen setzen wird, hat er schon zu oft gehört.

### Frühes Frühjahr 2015

Der Finanzminister gibt im Rahmen des Budgetrahmens die Einsparungsvorgaben für die einzelnen Ressorts für 2016 - 2019 bekannt. Das Bildungsmini-

sterium soll mit jährlich 350 Millionen weniger auskommen und reagiert mit einer ‚brandneuen‘ Idee: Eine Erhöhung der Lehrverpflichtung um zwei Wochenstunden würde das Einsparungsziel erreichen.

### Dienstag Nachmittag

Bürgermeister Häupl findet weder nach Hause noch die richtigen Worte.

### 30. April 2015

Die PflichtschullehrerInnen der ÖLI/UG verabschieden eine Resolution gegen den Plan der Bundesregierung, die Lehrverpflichtung um zwei Stunden anzuhäufeln. Außerdem wird ein Antrag an die Bundesleitung der Pflichtschulgewerkschaft formuliert, der eine Vorgangsweise anregt, wie den Einsparungsplänen der Regierung entgegen getreten werden soll, nämlich eher kernig.

### Mai 2015

Die Pflichtschulgewerkschaft legt einen Resolutionsentwurf vor, der allgemein gegen Einsparungen im Bildungsbereich gerichtet ist.

### Ende Mai 2015

Das Thema „Lehrverpflichtungserhöhung“ verschwindet klammheimlich aus der Berichterstattung. Ein Zusammenhang mit den Landtagswahlen in Wien und OÖ im Herbst wird ausdrücklich *nicht* ausgeschlossen.

### 19. Juni 2015

Sitzung der Pflichtschulgewerkschaft. Bei ihrem ersten Auftritt als Mitglieder einer von der GÖD anerkannten Fraktion, nämlich der UGÖD, bringen die MandatarInnen der ÖLI/UG einen Änderungsantrag für den Text der Resolution der Pflichtschulgewerkschaft, sowie zwei weitere Anträge ein, in denen die Einberufung der ARGE-LehrerInnen und der GÖD Bundeskonferenz angeregt wird. Diese Anträge ersetzen jenen vom 30. April.

Alle ÖLI Anträge werden abgelehnt.

Wenn im Herbst von Seiten der Bundesregierung keine neuen Einsparungsideen geboren werden, hat die Pflichtschulgewerkschaft mit der Ablehnung der ÖLI Anträge keinen Fehler

gemacht. Wenn doch, hat sie darauf verzichtet, sich rechtzeitig auf einen, nicht ganz unwahrscheinlichen, Konflikt vorzubereiten.

Oft ist es zu wenig, keinen Fehler zu machen. Nämlich dann, wenn Entscheidendes erreicht werden muss. Zum Beispiel eine klare Aussage aller LehrerInnengewerkschaften, *gemeinsam* gegen jegliche Einsparung im Bildungsbereich, ergänzt durch eine – ebenfalls gemeinsame – Ankündigung von allfälligen Gegenmaßnahmen, sowie einer umfassenden Einbeziehung der Gewerkschaftsbasis in diesen Vorgang. Dazu müsste, die Meinung der Gewerkschaftsmitglieder in einem nachvollziehbaren Verfahren erhoben werden.

Dafür ist es jetzt zu spät. Im Ernstfall wird die Gewerkschaft wieder einmal brav an Verhandlungsrunden teilnehmen und sich aufs Reagieren beschränken, wenn längst hätte *agiert* werden müssen. Und eines wird dann sicher nicht ausbleiben, nämlich der dezente Verweis der ‚VerhandlungspartnerInnen‘, dass es auch ohne Gewerkschaft geht. Die Regeln der Sozialpartnerschaft werden dann ausgeknipst, wie schon Ende 2013, anlässlich der Durchsetzung des neuen Dienstrechts. Das kommt vom braven Reagieren!

Was bringt es da schon, dass die UGÖD jetzt anerkannt ist? Sie ist zu klein, wird immer überstimmt und wird auch nie etwas bewirken können. (Richtig./ Richtig./ Wer will das schon wissen? Diesbezüglich Skeptischen wird ein Blick auf das letzte Wahlergebnis – vor allem der ÖLI/UG - empfohlen!) Die UGÖD ist ganz sicher die einzige Fraktion, die nicht auf eine Mutterpartei schielen muss und deshalb nicht daran denkt, sich aufs brave Reagieren zu beschränken.

Andreas Chvatal ist HS-Lehrer in Wien, Mandatar in der Pflichtschulgewerkschaft für ÖLI/UG und apflug

## Integration leicht gemacht!

*Kurzer Bericht einer Betroffenen*

Es war einmal an einem Wintertag mitten im Schuljahr. Der Herr Direktor eröffnete der Frau Lehrerin, sie würde einen neuen Schüler bekommen. Bei 24 Kindern spielte ja ein 25. keine Rolle mehr! Im Laufe des Gesprächs stellte sich heraus, dass das Kind ein „besonderes“ sei. Seine besonderen Bedürfnisse waren schulamtlich bekannt und bescheidenmäßig festgestellt. Der Herr Direktor dachte sich, die Frau Lehrerin würde das schon machen. Sie war ja Integrationserfahren und stets bemüht, jedes Kind in ihre Klasse zu integrieren. Auf die Frage, welche Unterstützung sie bekomme, lautete die Antwort, während des Schuljahres könne man nichts machen, da doch alle Stunden bereits vergeben seien.

Das Kind kam, die Lehrerin bemühte sich, aber es funktionierte beim besten

Willen nicht. Das Kind war zuvor in einer Integrationsklasse gewesen und brauchte in der Schule die ganze Zeit über Unterstützung. (Auch nachmittags im Tagesheim. Aber das hatte von den Entscheidungsträgern noch nie jemanden interessiert.) Immer blieb jemand auf der Strecke - das Integrationskind, die anderen Kinder oder die Frau Lehrerin.

Es erfolgte abermals Rücksprache mit dem Herrn Direktor. Die Antwort blieb die gleiche. Somit war das Thema für den kurz vor der Pensionierung stehenden Direktor erledigt. Die Frau Lehrerin ließ jedoch nicht locker, versuchte alte Kontakte aus ihrer Arbeit als Integrationslehrerin wieder aufleben zu lassen. Dabei geschah es unter anderem, dass vom Schultelefon getätigte Anrufe seltsamerweise nicht

entgegengenommen wurden und auch nach mehreren Anläufen nicht zurückgerufen wurde. Probierte die Frau Lehrerin es dann mit dem Privattelefon, wurde beim ersten Mal abgenommen. Interessanterweise fühlte sich aber auch dann für dieses Kind keiner zuständig.

Ein Telefonat da, ein Telefonat dort. Die Frau Lehrerin bekam Ideen, was man alles noch tun könnte. Die besten Tipps wurden unter großer Geheimhaltung gegeben, Unterstützung kam von Personen, die für diese Thematik eigentlich nicht zuständig waren, aber allen Beteiligten helfen wollten. Nach über zwei Monaten wurde eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten getroffen – so wird Integration leicht gemacht.

## Inklusions-Rap bringt den Flow

*von Otto Anlanger*

Der Rapper Graf Fidi und ich kennen uns seit vielen Jahren, zumindest seit dem Ausbruch der Pubertät. Ab Klasse 8 schwitzten wir im Englischunterricht und paukten zusammen Vokabeln. Dass es Mitschülerinnen und Mitschüler gab, die anders hörten, anders lernten, anders sprachen, sich anders bewegten oder sich auch anders verhielten als die meisten anderen, wurde nicht als „anders“ wahrgenommen. Wir wussten, wer was wie wann braucht, um gut lernen zu können und mit dabei zu sein. Das haben wir nie als Problem empfunden, im Gegenteil.

Dass Inklusion und der Gemeinsame Unterricht (GU) mit behinderten und nichtbehinderten Kindern für viele noch ein Problem darstellt, ist unverständlich. Schließlich gibt es seit 1975 Schulversuche, empirische Befunde und Best-Practice-Beispiele, die zeigen,

wie es geht. Noch viel zu oft sind es die Vorurteile, die Barrieren in den Köpfen, die Inklusion behindern. Der Rap soll zeigen, dass es endlich an der Zeit ist loszulegen.

Was bei Inklusionsdebatten nicht ankommt, dringt vielleicht mit einem Rap durch. Die häufigsten Vorurteile gegenüber inklusiver Bildung werden in diesem Rapsong mit dem Titel „Inklusion bringt den Flow“ verarbeitet.

Dieses Gemeinschaftsprojekt der Plattform „Inklusionsfakten“ und dem Rapper Graf Fidi konnte mit freundlicher Unterstützung der Bertelsmann Stiftung/Jakob-Muth-Preis realisiert werden. Pünktlich zur Preisverleihung des Jakob-Muth-Preises 2015 für inklusive Schulen ist der Inklusions-Rap fertig geworden. Mit dem „Jakob Muth-Preis“ werden seit 2009 Schulen auszeich-

net, in denen Kinder mit und ohne Förderbedarf vorbildlich gemeinsam lernen.

Ich finde das Video super, und doch möchte ich einen kritischen Einwand nicht vorenthalten: „Schade, hier ist ein Inklusions-Song, der aber nicht inklusiv gestaltet ist. Als Hörgeschädigter oder gar gehörloser Mensch bin ich nicht in der Lage den Text zu verstehen. Zwar kann ich den Rhythmus einigermaßen „hören“ aber den gesungenen Text nicht verstehen und auf diesen kommt es doch an oder?!

Daher bitte das Musikvideo wenigstens mit Untertitel versehen. ... dann ist es auch ein echter inklusiver Song. ... LG Petra“

Info: <http://inklusionsfakten.de/inklusion-bringt-den-flow/#more-1483>

# Allen Kindern und Jugendlichen das Recht auf Bildung und Ausbildung sichern

von Reinhart Sellner

Nicht das „Schulbudget wird zur Überlebensfrage der Bundesregierung“ (Lisa Nimmervoll im Standard), sondern die restriktive Budgetpolitik der Regierung, die Sozial- und Bildungsabbau in Kauf nimmt, Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst einspart, während Spekulationsverluste in Milliardenhöhe finanziert werden und die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Finanzminister Schelling weigert sich beharrlich, die strukturelle Budgetlücke im Bildungsbereich zu schließen. Die damit in den Medien wieder thematisierte Arbeitszeiterhöhung für LehrerInnen wurde von der Bildungsministerin zwar zurückgewiesen, aber der Finanzminister will keine Einsparungsvariante ausschließen und hat seine Budgetrede am 14. Oktober mit einer Vorgabe für die von der Regierung als Großprojekt angekündigte, diesmal ganz große Schulreform ergänzt: Die am 17. November 2015 zu präsentierende Schul(verwaltungs)reform muss, wenn's nach dem ÖVP-Minister geht, eine Spar-Reform werden.

## **Wir fordern: Bildungsinvestitionen und keine Sparpakete!**

Unabhängige GewerkschafterInnen und ÖLLs fordern das Schließen der Budgetlücke im BMBF und die bedarfsgerechte Finanzierung der Schulen, die zunehmend auch mit der Aufnahme von Flüchtlingskindern und unbegleiteten Jugendlichen gefordert sind.

Gesamtgesellschaftliche und humanitäre Aufgaben können nicht durch die Belastung einer ArbeitnehmerInnen-

Gruppe gelöst werden, sondern mit einer sozialen Steuerpolitik, die große Vermögen und Erbschaft mit einbezieht. Arbeitszeiterhöhungen für LehrerInnen oder das fortgesetzte Einsparen von Dienstposten gehen zu Lasten der PädagogInnen, denen seit Jahrzehnten die notwendige Unterstützung durch SonderpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen vorenthalten wird.

SchülerInnen, unter ihnen immer mehr traumatisierte Flüchtlingskinder, Eltern und LehrerInnen brauchen eine freundlich-fördernde und finanziell gesicherte Lernumgebung. Sie brauchen keine „offene Feldschlacht“ der Regierungsspitze mit den FCG-geführten GÖD-LehrerInnengewerkschaften, auch nicht die wiederholten Rücktrittsaufforderungen an die Adresse der SPÖ-Bildungsministerin, sondern nach Jahren der Spar- und Bankenrettungspakete endlich eine sozial ausgewogene Budget- und Steuerpolitik.

## **Für eine gewerkschaftliche Offensive!**

Jammern und Schimpfen, parteipolitische Stimmungsmache und das angeblich ständige Verhindern von noch viel Schlimmerem ist als gewerkschaftliche Haltung zu wenig. Wir fordern die FCG-Mehrheitsfraktion und ihren



FSG-Koalitionspartner in der GÖD und den LehrerInnengewerkschaften auf, die Politik des Abwartens, der Geheimverhandlungen und des Lobbyings bei den Parteifreunden in der Bundesregierung zu beenden. Mit dieser Strategie sind sie zuletzt beim neuen LehrerInnendienstrecht gescheitert.

Wir treten ein:

- für die Aufhebung des Aufnahmestopps im öffentlichen Dienst,
- für menschenwürdige und aufgabengerechte Arbeitsbedingungen an den Schulen, .
- für rasche und unbürokratische Vergabe der angekündigten Sondermittel zur Flüchtlingshilfe durch das BMBF an die Schulen
- für offensive Gehaltsverhandlungen der GÖD zur Sicherung der Kaufkraft durch volle Inflationsabgeltung und Abgeltung von Leistungssteigerungen – Solidarität mit den anderen ÖGB-Gewerkschaften bei deren Lohnverhandlungen für 2016

## **Papierene Forderungen sind zu wenig!**

Wir Unabhängigen informieren an den Dienststellen, argumentieren in der GÖD-Bundeskonzferenz und – seit der am 22. Juni 2015 erfolgten Fraktionsanerkennung - auch im GÖD-Vorstand für eine von den KollegInnen aktiv mitgetragene, parteiunabhängige Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen im öffentlichen Dienst. Das ist immer noch eine Minderheitenposition, aber weil es so ist, wird's so nicht bleiben.

## **Redaktionsschluss für den nächsten Kreidekreis**

16. Dezember 2015

Beiträge an [a@oeli-ug.at](mailto:a@oeli-ug.at)

## Es liegt nur – an der Struktur...

Von Andreas Chvatal, bekennender Strukturloser in den Reihen der ÖLI/UG und apflug

... und wenn die Struktur erst mal im Eimer ist, dann hilft alles nichts! Mehr im Eimer als die Struktur des Bildungsbudgets könne etwas gar nicht sein, so hört man, denn es klaffe eine Lücke. Diese Lücke habe ein Defizit zur Folge, welches ebenfalls struktureller Natur sei und sich auf 340 Millionen Euro beliefe. Erstaunlich! Vor allem, wenn man bedenkt, dass das Bildungsbudget als solches zu etwa 90 % völlig strukturlos ist. Die Prozente 1 bis 90 werden nämlich allesamt für exakt einen einzigen Zweck verwendet, nämlich für das Bezahlen der Gehälter der LehrerInnen. Daraus würde folgen, dass das Klaffen der strukturellen Lücke im Bildungsbudget darauf zurückzuführen ist, dass den LehrerInnen Gehälter ausbezahlt werden!

Aber so einfach ist es nicht. Komplizierterweise ist die Höhe dieser Gehälter



präzis festgelegt. Durch Anwendung der Grundrechnungsarten kann demnach auf den Cent genau ermittelt werden, wie viel die ‚strukturelle

Nichtstruktur‘ des Bildungsbudgets ausmacht. Es handelt sich dabei immer um jene Summe, die den Lehrkräften laut der aktuellen Gehaltsschemata gebührt. Nun, wenn dies allgemein bekannt ist, wie erklärt sich dann der 340 Millionenspaß im Bildungsbudget? Sehr einfach. Er liegt in der Struktur des Denkens von PolitikerInnen begründet, die der Meinung sind, dass den LehrerInnen die ihnen gebührenden Gehälter nicht in der festgelegten Höhe ausbezahlt werden sollen. Die technische Vorgangsweise, die dieser Bestrebung zugrunde liegt, ist ebenso simpel, wie verlogen: Die Höhe des Bildungsbudgets wird einfach um 340 Millionen zu niedrig angesetzt (simpel), sodann wird von Strukturen gefa-

selt, die diese Reduktion unumgänglich machen würden (verlogen). Dabei wird meistens auch ausgiebig beweint, dass die Gehälter der Lehrkräfte durch ausverhandelte Lohnerhöhungen und Biennalsprünge jedes Jahr ansteigen. Es ist hier aus Platzgründen nicht möglich, die geistige Verrenkung nachzuvollziehen, die ignoriert, dass auch alle anderen kollektivvertraglich geregelten Löhne und Entgelte jährlich erhöht werden und die einfach Biennien zur Lohnerhöhung dazurechnet. Nur so viel: Sie muss eindeutig unter ‚verlogen‘ eingeordnet werden.

Fakt ist, der Finanzminister könnte die ‚fehlenden‘ 340 Millionen einfach zur Verfügung stellen. So wie er die Milliarden zur Verfügung stellt, die der Staat für den Kapitalbedarf der Heta/Hypo aufbringt, oder die Wartungskosten für völlig nutzloses Kriegsspielzeug. Aber - er will nicht. Er will nicht, im Auftrag der gesamten Bundesregierung, die ebenfalls der Meinung ist, dass bei der Bildung frohgemut drauflos gespart werden kann und um nichts anderes geht es hier: Die Lehrkräfte sollen billiger werden! Dass dies zu einer Qualitätsminderung des Schulsystems führen würde, ist der Politik offenbar gleichgültig.

Die auf diesem Wege erzeugte Retrosituation schleudert uns zurück ins Jahr 2009, als ein Finanzminister einen Einsparungsbedarf konstruierte, der, wie die derzeit fehlenden 340 Millionen genau durch eine Erhöhung der Lehrverpflichtung um zwei Stunden gedeckt werden hätte können. Von sozialdemokratischer Seite pflichtete eine Ministerin bei, eine derartige Maßnahme sei keine Einsparung sondern eröffne den Lehrkräften die Möglichkeit, mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen. Eine Wortspende, die die diesbezügliche Diskussion noch jahrelang versachlichen wird. Es kam zum Ausbaden eines hatscherten Verhandlungskompromisses hauptsächlich

durch die LehrerInnen an BMHS und zur Stundung der Gebäudemieten durch die BIG. (Warum der Staat als BIG dem Staat als Bildungsministerium etwas stunden muss, können nur verwegene VerfechterInnen eines Kapitalismus verstehen, der einen Fortschritt darin erkennt, dass der Staat Mittel aus der linken Hosentasche in die rechte steckt und die linke Hosentasche ruft: „Das ist aber nur gestundet, ja?“)

Dem Finanzminister ist egal, wie die 340 Millionen eingespart werden. Er vertraut auf das Wirken der Bund-Länder-Expertengruppe, die angedroht hat, am 17. November zu verkünden, was diesmal unter ‚Schulreform‘ zu verstehen ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass es sich dabei um Unmengen heißer Luft, durchzogen von - wie auch immer gearteten - Einsparungen handeln wird, ist hoch.

Die Gewerkschaften der LehrerInnen schweigen sich zu alldem seit Monaten aus. Christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter sind offenbar dazu entschlossen bis zum 17. 11. abzuwarten. Anträge der ÖLI/UG, die darauf abzielen, bereits im Vorfeld Stellung zu beziehen und eventuell notwendige gewerkschaftliche Aktivitäten vorzubereiten wurden beharrlich abgelehnt.

Der **Antrag auf Einberufung der ARGE LehrerInnen** zur Beratung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen sowie der **Antrag auf Einberufung der GÖD-Bundeskonzferenz** zur Beratung und Vorrats-Beschlussfassung über Kampfmaßnahmen, die dem nächsten ÖGB-Vorstand vorgelegt werden können fanden bei den schwarzen und sozialdemokratischen GewerkschafterInnen keine Gnade.

Anmerkung: Kurz vor Redaktionsschluss wurde die ARGE LehrerInnen für 20. November einberufen.

## Flüchtlinge sind für uns eine wichtige Chance!

von Wilfried Mayr

Von der Angst der Menschen lässt sich immer gut leben. Während tausende Einwanderer im Österreich der vergangenen Jahre kaum Ängste hervorriefen (Östliche Pfleger\*innen und deutsche Saisonkräfte im Gastgewerbe waren und sind erschwinglicher), schützen nun die Flüchtlinge aus Nahost zunehmend Ängste der hiesigen Bevölkerung, Ängste, die von den Rechtspopulisten so schamlos wie erfolgreich ausgenützt werden. Dabei ist bei uns Einwanderung notwendig, um die zunehmende Überalterung der Bevölkerung und daraus resultierenden Fachkräftemangel zu verhindern, bzw. die Pensionen zu sichern!

Als positives Beispiel möchte ich z.B. die hunderttausenden Flüchtlinge anführen, die vom 16. bis 18. Jahrhundert aus Frankreich flüchten mussten, zwar Ängste bei den aufnehmenden Bevölkerungen auslösten und dennoch starken positiven Einfluss auf deren Wirtschaft und Kultur hatten, die sogenannten Hugenotten. Die Familie der **de Maizières** spielen zum Beispiel in West und Ost von Deutschland in Politik und Kultur eine wichtige Rolle.

Ab 1530 wurde in Frankreich die Glaubensausübung der Protestanten durch den katholischen Klerus und den König stark unterdrückt, weil man Spaltungen wie in den deutschen Landen vermeiden wollte. Die vermeintliche Aussöhnung durch die Heirat des hugenottischen Adligen Heinrich von Navarra (späterer katholischer König Henri IV) mit der Schwester des Königs, Margot von Valois, wurde durch ein tagelanges Massaker in und nach der Bartholomäusnacht vom 23./24. August 1572 zunichte gemacht, bei dem tausende Hugenotten sozusagen in Handarbeit ermordet wurden. Ihr Exodus aus Frankreich war eine Folge des Edikts von Fontainebleau (Ludwig XIV., 1685). Rund 250.000 flüchteten in die protestantisch dominierten Gebiete in Europa und Übersee, wo

sie nicht nur in Preußen einen starken wirtschaftlichen und kulturellen Schub ermöglichten. Schon damals begleitet von Misstrauen und Neid der Einheimischen.

Auch aus „Glaubensgründen“ mussten tausende Protestant\*innen aus **Salzburg, Oberösterreich und der Steiermark** weit weg flüchten und sich dort mühsam ein neues Leben aufbauen. Wie würden wir heute über die dortige Bevölkerung denken, wenn sie ihnen den roten Hahn aufs Dach gesetzt hätten wie jetzt manche deutsche „Rechte“ im Fall von Asylheimen?

Nach der Rückeroberung der **iberischen Halbinsel** durch christliche Herrscher\*innen unterschieden sich diese von den bisherigen, toleranten Maurenherrschern, indem sie die Juden aus dem Land vertrieben, die sich in der Folge vorwiegend im Reich des Sultans ansiedelten. Dieser hatte Weiblick, wenn er hochofreut spottete, „Was ist der König doch für ein Narr, dass er sich selbst ärmer macht, und mich reicher!“.

Zwei der prägendsten deutschsprachigen Regierungschefs, **Willi Brandt** und **Bruno Kreisky**, verdanken ihr Überleben während der Nazizeit dem schwedischen Asyl. **Vielen österreichischen Kindern** wurde im Ausland, das selber nicht übermäßig viel zu bieten hatte, ein Überleben ermöglicht.

Heute fürchten viele Österreicher\*innen um Arbeitsplatz und Besitz. Die aktuelle Regierung hat bedenklich viel Unfähigkeit und Hilflosigkeit demonstriert, Wasser auf die Mühlen der Hetzer. Eine gleichmäßige Verteilung der durchwegs jungen Asylsuchenden ist notwendig, um per Integration Parallelgesellschaften zu verhindern. **Arbeit gäbe es genug in jeder Gemeinde**, leider unbezahlt. Im Gegenzug für die Kosten der Versorgung könnten dies die Zuzügler vor Ort

übernehmen. Nach dem 2. Weltkrieg verlangte man z.B. von Einwanderern in Kanada ein Jahr harter Arbeit, bevor sie Staatsbürger\*innen werden konnten, vorwiegend im Kraftwerks- und Straßenbau. Bei uns müssen sie tatlos herumsitzen, was Spannungen



schürt. Anders in Schweden: Dort dürfen sie sofort arbeiten. Wichtig erscheint mir auch die Gewährleistung, dass nicht Private die Notlage

der Asylsuchenden über Hungerlöhne ausnützen können.

Die deutlich mehr als 500 Millionen Europäer\*innen könnten locker die Aufnahme von ein paar Millionen Flüchtlingen bewältigen, wenn diese gerecht verteilt werden, um ihre Fähigkeiten und Arbeitskraft positiv einsetzen zu können. Genau das hat Merkel gemeint mit, „Wir schaffen das!“. **Statt Angst und Gezänke sollten wir die guten Chancen für unsere Volkswirtschaften erkennen, anstatt abgeschottet zu vergreifen!**

### Impressum

ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie | 4643 Pettenbach Pflasterweg 7 | mail: a@oeli-ug.at Mobil: 0680/2124358.

### Redaktionsteam

Gerhard Pušnik, Gaby Atteneder, Gary Fuchsbauer, Wilfried Mayr, Andreas Chvatal, Renate Brunnbauer und die AutorInnen. Karikaturen: Gernot Pedrazzoli Auflage 16.000

Kreidekreis: das Informations- und Diskussionsorgan der ÖLI-UG.

Wir finanzieren uns durch die LeserInnen:

### Bankverbindung

IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 lautend auf Mayr/Fuchsbauer, ÖLI BIC: OPSKATWW

# Schani Jean Margulies, ein Leben für die Unabhängige Gewerkschaft 1939-2015

von Heidi Pirchner

Lieber Schani – ohne dich wäre vielleicht die UG, der Zusammenschluss der verschiedenen parteiunabhängigen Gewerkschaftsinitiativen gar nicht oder viel später gelungen. Ab der 2. Hälfte der 1980er Jahre entstand diese Vision einer größeren Organisation. Du warst in deinen Argumenten und mit deiner Lebensfreude eine richtungsgebende Kraft in der Zusammenarbeit von Menschen und Gruppen mit verschiedenen Wertvorstellungen, aber dem gemeinsamen Ziel: hinein in die Gewerkschaft, Reform des Kolosses ÖGB durch Wahlen, Demokratisierung, Mitbestimmung der Mitglieder. Zunächst sollte die neue Initiative durch den gemeinsamen Namen bei Personal- und Betriebsratswahlen sichtbar werden, dann auch als Unabhängige GewerkschafterInnen/UG die Fraktionsanerkennung in den Einzelgewerkschaften und im ÖGB erreichen.

Du kamst aus der GE, der Gewerkschaftlichen Einheit. Das war einst die Gewerkschaftsfraktion der KPÖ, in der die kritischen Stimmen gegen die Moskauhörigkeit der Parteiführung so heftig wurden, dass 1968 beim Einmarsch der UdSSR in die Tschechoslowakei der gesamte Gewerkschaftsflügel aus der Partei austrat, doch als parteilose Gewerkschaftsfraktion im ÖGB verblieb und die Sitze behalten konnte. So hattet ihr uns einiges an Erfahrungen in gewerkschaftlicher Arbeit voraus und konntet diese auch vermitteln, das betraf sowohl die betriebliche Arbeit in der Interessenvertretung der KollegInnen als auch die Kontakte mit den Gewerkschaftsfunktionären und die Arbeit in den Gremien.

Die GE begegnete uns anderen Gruppierungen immer mit großer Offenheit und konsequenter Bereitschaft zu Zusammenarbeit und praktischer Unterstützung. Schani, du und Walter Lauber, ihr habt für mich diese Offenheit der GE besonders verkörpert. Da

gab es nie eine „missionarische“, bornierte politische Haltung, du hast deine Standpunkte vertreten, warst aber stets bereit zu Auseinandersetzung mit anderen Meinungen und Akzeptanz. Heftige und vitale Debatten gab es oft, aber unter dem Vorzeichen des Interesses am anderen Menschen und an einer pragmatischen Kooperation. Die GE als anerkannte Gewerkschaftsfraktion bekam ein bestimmtes Budget vom ÖGB und konnte ihre Tätigkeit auf eine kleine, wichtige Büro- und sonstige materielle Struktur stützen. Es war für euch immer selbstverständlich, dass wir eure Räume, Kopiergeräte, die Druckerei mitbenützen konnten. Diese Bereitschaft war eine wesentliche Förderung, oft hast du sie angeboten. Von euch konnten wir das annehmen, weil ihr keine Partei hinter euch hattet und wir Parteibindungen auf jeden Fall mieden, denn die Erfahrung war - sie sind lähmend, einschränkend.

In unserem Prozess der Annäherung war für dich bzw. die GE das Risiko klar: dass sie mit einer Veränderung des Namens Gefahr lief, den Sitz in ÖGB-Spitzengremien und den Fraktionsstatus zu verlieren, dennoch nanntet ihr euch AUGE-UG (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen-Unabhängige GewerkschafterInnen) als Ausdruck der Zusammengehörigkeit. Da du für die GE den Sitz im Bundesvorstand des ÖGB einnahmst, konntest du die UG-Anliegen und Verhandlungstermine einfordern. Nie hast du einen „Sonderstatus“ der „Alten Linken“, der GE vertreten, immer warst du von gleichberechtigter Kommunikation und von der Notwendigkeit neuer Bündnisse überzeugt. In vielen Treffen der UG-Listen wurden Haltungsunterschiede deutlich, aber auch die gemeinsame Richtung: wir wollen als kritische Kraft gegenüber Sozialpartnerschaft und Standesinteressen, solidarisch mit der

Gesamtheit der Arbeitenden, hineinwirken in die Gewerkschaft. Wir LehrerInnen und die KollegInnen aus anderen Sektionen des Öffentlichen Dienstes hatten außerdem unsere ganz speziellen Probleme in der stockschwarzen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, um hinein zu kommen, Anerkennung zu gewinnen – auch hier warst du in den ersten Gesprächsrunden mit den Vorsitzenden dabei und hilfreich. Das war gegen Ende der 80er Jahre, da gab es die ersten Gespräche mit dem alten GÖD-Vorsitzenden Rudolf Sommer, dem Totalblocker in der Brandung der Reformforderungen, z. B. nach Wahlen in der Gewerkschaft. Ab 1989 hatten wir es mit dem sturrockenen Vorsitzenden Siegfried Dohr zu tun, was Gesprächsbereitschaft ohne Resultate brachte, dann seit 1997 mit dem Sesselkleber und Ämterkumulanten Fritz Neugebauer. Schlussendlich schafften wir es nach ein paar Jahrzehnten, den Widerstand der Gegenseite als Verstoß gegen die eigene GÖD-Satzung endgültig zu klären und jetzt sind wir eine anerkannte Fraktion in der GÖD und im ÖGB.

Nun noch weiter zurück als zu unseren UG-Anfängen – es geht ja um dich, warum warst du eine große Hilfe? Das Zusammenfinden hängt mit deiner und unserer Vorgeschichte zusammen. In den „glorreichen“ 70er Jahren, den Aufbruchzeiten für viele Themen, in denen du auf Seiten der GE und wir anderen MitbegründerInnen der UG schon in den verschiedenen Initiativen aktiv waren, hast du schon in den Außenkontakten der GE ihre Öffnung gegenüber den neuen Gruppierungen signalisiert, den Kontakt gesucht – mit der „Neuen Linken“, mit den vielen Arbeitskreisen, z.B. den Dritte-Welt-Gruppen, der neuen Frauenbewegung, der Ökologiebewegung und schließlich der Anti-AKW-Bewegung. Wir „Grün-



derInnen“ kamen aus diesen neuen Gruppen mit der Erfahrung, dass wir auch in unseren Arbeitsbereichen partei- und weltanschauungsübergreifende Zusammenschlüsse brauchen, um bestimmte Reformen durchzusetzen, von Schulreform bis Arbeitszeit usw. Du warst ein überzeugter Agitator für größtmögliche Gemeinsamkeiten – ein Prinzip war die Ausgrenzung von Rechtslastigen, Demokratiegegnern, das war für niemanden eine Frage.

Deine Haltung wurzelte auch in deiner Familiengeschichte. Deine Eltern waren in der KPÖ aktiv, im Widerstand gegen den Austrofaschismus, emigrierten nach Belgien, beim Einmarsch der Deutschen nach Frankreich. Von dort wurde der Vater ins KZ Buchenwald deportiert, nach 19 Monaten wieder entlassen, wurde Partisan im besetzten Jugoslawien ... Schon ab 1940 waren deine Eltern mit dir auf der Flucht. Als Jugendlerner

warst du in den Fußstapfen der Eltern in der KPÖ aktiv, aber das Wissen über den Stalinismus führte die Jungen zum parteiinternen Widerstand. Selbstverständlich gehörtest du zu denen, die 1968 den Zorn über den Einmarsch der UdSSR in die CSSR, die Zerschlagung des Reformkurses, des „Prager Frühlings“, in einer positiven Revolte entluden und sich mit der GE geschlossen von der Partei trennten. Entsprechend der 1945 vereinbarten Gründungsbeschlüsse des ÖGB konnte die GE weiter ihre Sitze und Rechte im ÖGB behalten, siehe oben ... So hast du, Schani, dann deine Vermittlertätigkeit für die neuen gewerkschaftlichen Bewegungen ansetzen können. Durch deine Erfahrungen und Kontakte hatten wir „einen Fuß in der Tür“. Als du später in den 90ern bei den Grünen aktiv wurdest und für sie kandidierst, hast du deine Gewerkschaftsfunktionen an Troppy Bastecky abgegeben, weil deine Parteiarbeit als Kandidat

der Grünen nicht kompatibel mit Prinzipien der UG war. Menschen aus Parteiorganisationen konnten bei uns mitarbeiten, aber nur solange sie dort nicht in führenden Funktionen waren. Lieber Schani, ein großes herzliches Danke für deine Offenheit, Unterstützung, Kooperation, die Anstöße aus deinen Erfahrungen, deine Freundlichkeit und Beharrlichkeit. Du hast ausgestrahlt, was uns bis heute wichtig ist: über weltanschauliche Differenzen hinweg in gemeinsamer Aktion gemeinsame Ziele zu verfolgen, so wie es heute in der Bewältigung der Flüchtlingsströme ansteht, der Integration (z.B. in den Schulen). Du bleibst in unserer Erinnerung, die Essenz des Vergangenen ist lebendig in der Gegenwart – wir werden uns weiter mit dem auseinandersetzen, was uns als Mauern entgegentritt, damit wir Durchgänge finden.

[www.oliug.at](http://www.oliug.at)



**ÖLIUG** NEWS



Für alle im Bildungsbereich engagierten bietet die ÖLI-UG mit dem Bildungsforum eine interessante Diskussionsplattform – kombiniert mit einer brauchbaren bequemen und top aktuellen Informationsquelle zu Top-Themenbereichen:  
Bildung + Politik + Gesellschaft  
Schule + Unterricht  
Schule + Recht  
Schule + Personalvertretung  
Schule + Veranstaltungen

[www.bildung-forum.net](http://www.bildung-forum.net)



Bildungsforum der ÖLI-UG  
Alles dreht sich um die Bildung | Informationsaustausch | News  
Diskussion | Recherche | Fragen | Antworten | Themenstellung  
Anregungen | Archiv

## 35 Jahre LehrerInnen-Initiativen: Zum Stand der Dinge

Gary Fuchsbauer im Interview mit Gabriele Atteneder und Eva Hötendorfer

**A/H:** Lieber Gary, seit 25 Jahren vertrittst du die ÖLI-UG im Zentralausschuss der Personalvertretung der Lehrer und Lehrerinnen im BMHS-Bereich. Heidi Pirchners „Geburtstagsartikel“ fordert heraus, die Entwicklung der ÖLI-UG in den letzten 10 Jahren zu reflektieren.

Die ÖLI-UG versteht sich als bildungspolitische Initiative der Lehrerinnen und Lehrer, die parteiunabhängig in Personalvertretung und Gewerkschaft agiert. Parteiunabhängig heißt nicht farblos! Die ÖLI-UG ist keine weltanschaulich homogene Gruppe. Welche gesellschafts- und bildungspolitischen Ziele einen heute die KollegInnen, die sich für die ÖLI-UG engagieren?

**Gary F:** Demokratisierung der Schule. Dieser Punkt, in so manchen Bundesländern Gründungsanlass der LehrerInnen Initiative, ist leider immer noch so aktuell, wie vor 30 Jahren, in mancherlei Hinsicht ist's dabei sogar schlimmer geworden. Unsere Ziele sind nach wie vor:

- Ein auf Zeit gewähltes Leitungsteam, statt obrigkeitlich – oft scheinobjektiviert – auf Lebenszeit bestellte, unbegrenzt weisungsbefugte Direktionskaiser.
- Die Schulkonferenz (alle LehrerInnen und VertreterInnen der Bediensteten, Eltern und SchülerInnen) als oberstes Organ der Schule.
- Kein Kind zurücklassen. Schulformen, die endlich auch in Österreich Chancengleichheit schaffen, statt Segregation nach sozialem Status.
- Daher eine gemeinsame Schule der 6-14-Jährigen statt des Nebeneinanders von mittlerweile drei Schultypen
- Ein eigenständiges Bildungsministerium, das so viel Budget bekommt, dass die gesetzlichen Aufgaben erfüllt werden können – seit Jahren steht dieses Ministerium unter Kuratel, muss BKA und Finanzministerium überall mitreden lassen. Wie die finnische Bildungsministerin vor etwa 15 Jahren in Linz sagte: „Bei uns weiß auch der

Finanzminister, dass Bildung kostet“, so wollen wir das auch vom österreichischen Finanzministerium sagen können.

**A/H:** In 25 Jahren Gremienarbeit in der PV und in der Gewerkschaft hat es die ÖLI-UG geschafft, auf allen Ebenen durch immer mehr MandatarInnen vertreten zu sein. Die Arbeit der ÖLI-UG in den Gremien ist getragen von einer Bewusstheit über Zusammenhänge von Arbeitsbedingungen, pädagogischen Konzepten und gesellschaftspolitischen Entwicklungszielen in Richtung auf eine humanistisch geprägte Gesellschaft. In welchen Forderungen z.B. in Hinblick auf LehrerInnenausbildung, Mitbestimmung, Strukturen der Schul- und Unterrichtsorganisation etc. spiegeln sich diese Wechselbeziehungen?

**Gary F:** Die neue LehrerInnenausbildung, die einerseits endlich eine vollakademische für alle LehrerInnen ist und andererseits vor allem solche junge Menschen für den Lehrberuf gewinnen will, die bereit sind, lebenslang ihr eigenes Tun forschend zu beobachten und sich weiterzuentwickeln, stellt eine Entwicklung ganz in unserem Sinne dar. Dass der Bereich der „Kindergarten“-Pädagogik noch nicht einbezogen ist, macht traurig. Österreich ist mittlerweile das einzige europäische Land, in dem die Ausbildung noch nicht auf Hochschulniveau stattfindet.

Dass die Mitbestimmungsstruktur an den Schulen und überregional extrem schwach entwickelt ist und vielfach obrigkeitliches Denken vorherrscht, führt auch zu Auswirkungen in Unterricht und in realen Bildungszielen. Die Entwicklung muss in Richtung „Bildung statt nur Ausbildung“, „Selbstständigkeit statt Ja-Sager-Mentalität“, „Denken statt Auswendiglernen“ vorangetrieben werden. Dazu sind aber entsprechende Schritte der Politik erforderlich, damit diese Ent-

wicklungen auch bei den LehrerInnen vorankommen.

Anlässlich der Verhandlungen zum neuen LehrerInnendienstrecht im Jahre 2012 wurde darauf hingewiesen, dass in Österreich 13.000 Personen als Supportpersonal zusätzlich zum derzeitigen und zusätzlich zu den



LehrerInnen an den Schulen angestellt werden müssten, um den OECD-Schnitt zu erreichen. Das österreichische Bildungswesen spart sich diese Ausgaben! Dies geht nur, weil die LehrerInnen engagiert viele Aufgaben wie Lehrplanentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit, Gerätebetreuung, Verwaltungsarbeiten, .... zusätzlich, unbezahlt übernehmen, die weder als Leistung noch als Bedürfnis Eingang ins Budget finden - und die Schulen bei weitem nicht all das bieten, was notwendig wäre, z.B. gesundheitliche, soziale, psychologische Angebote, außerunterrichtliche Lernbetreuung, Freizeit-/Ganztagsangebote (denn Schulraum=Lebensraum, Schulzeit=Lebenszeit). Das führt dazu, dass viele an den Schulen arbeitende Menschen überfordert und ausgebrannt sind, die Beziehungskultur leidet, notwendige Zusammenarbeit (wie z.B. auch Teamteaching) nicht erfolgen kann, weil schlicht und ein-

fach keine Zeit- und Geldressourcen vorhanden sind.

**A/H:** Zeigt deiner Einschätzung nach der Zugewinn an WählerInnenstimmen bei der letzten Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahl, dass das Bildungskonzept der ÖLI-UG auf größere Resonanz trifft?

**Gary F:** Das erscheint mir ein bisschen optimistisch. Auf Resonanz trifft wohl vor allem die Parteiunabhängigkeit. Die LehrerInnen wollen die Bildungssparpolitik der Regierungskoalition nicht und wählen (dort, wo sie den schwarzen und roten GewerkschafterInnen nicht glauben, dass sie in Opposition zur Regierungskoalition stünden) – zum Teil wohl auch mangels anderer Kandidaturen – die Listen der LehrerInnen-Initiativen. Ein Indiz für diese pessimistische Aussage ist etwa das letzte Wahlergebnis bei den PflichtschullehrerInnen in Salzburg. Da haben sich die Schwarzen gespalten und haben so den WählerInnen noch stärker suggeriert, dass sie nichts mit der ÖVP zu tun haben. Die Summe der KollegInnen, die die beiden schwarzen Listen gewählt haben, war jedenfalls höher als die Zahl der schwarzen WählerInnen fünf Jahre davor. Und die ÖLI-Landesliste hat verloren. Aber es gibt natürlich auch immer mehr LehrerInnen, die im Laufe von fünf Jahren die ÖLI und ihre Ideen kennenlernen und sie deshalb wählen.

**A/H:** Inwiefern wirkt sich die Entwicklung der politischen Verhältnisse in den letzten 10 Jahren auf den Bildungsbereich aus und wie reagiert die ÖLI-UG darauf?

**Gary F:** Ich beschränke mich jetzt auf die Entwicklung in den letzten sieben bis acht Jahren: In dieser Zeit ist es den Herrschenden (vor allem den Konzernen) und Wohlhabenden gelungen, den Menschen bis tief in ihr Innerstes klar zu machen, dass sie immer sparen müssen und dass gleichzeitig Wachstum der einzige Motor der Wirtschaft sei und nur die Wirtschaft für eine gedeihliche Entwicklung verantwortlich sei. Dass sich diese beiden Aussagen widersprechen, was aber nur wenigen

aufzufallen scheint, zeigt, wie weit die Manipulation über die Massenmedien erfolgreich umgesetzt wird.

Wir LehrerInnen müssen gerade in den Bereichen Medienbildung, Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, Politische Bildung, Umweltbildung, Wirtschaftserziehung und Verbraucher/innenbildung unsere Verantwortung bei der Umsetzung der Bildungsziele der österreichischen Schule ernst nehmen. Als ÖLI-UG arbeiten wir daran, das Selbstbewusstsein der Lehrerinnen und Lehrer zu stärken, damit sie diese Ideale immer besser umsetzen können.

**A/H:** Worin siehst du die Ursachen, dass politische Entscheidungen der letzten Jahre den Grundsatzlerlass „Politische Bildung“ von 1978 immer mehr aushöhlen und die neueren psychologischen und neurobiologischen Erkenntnisse zu keiner entsprechenden Umsetzung im Schulsystem führen?

**Gary F:** Neben der schon oben erwähnten Abhängigkeit des BMBF von BKA und Finanzministerium, sind es sicherlich auch einzelne Personen im Bildungsministerium, denen persönliche Profilierung durch die Implementierung von immer neuen zentralistischen Ideen wichtiger ist als ein modernes förderndes Bildungssystem zum Wohle aller Beteiligten. Politische Bildung in Richtung Stärkung des demokratischen Bewusstseins hat in vielen neoliberal denkenden Köpfen keinen Platz mehr. Und diese Köpfe haben auch Einzug ins Bildungsministerium gehalten. Es zählt nur mehr, was (möglichst einfach) messbar ist. Die Drohung mit der Ausweitung eines kapitalorientierten Privatschul-



*Eva Hötzendorfer*

wesens und der faktische Zwang zur Finanzierung der Schulen durch Sponsoring und der Konkurrenzdruck unter den Schulen um die weniger werdenden jungen Menschen lässt auch immer mehr LehrerInnen ihre Berufung vergessen.

**A/H:** Worin siehst du die Herausforderungen und Aufgaben für die ÖLI-UG in den nächsten Jahren?

**Gary F:** Neben den Mehrheiten für die LehrerInnen-Initiativen (und die mit ihnen Kooperierenden) in Vorarlberg auf Landesebene und in zahlreichen Dienststellen anderer Bundesländer gibt es leider immer noch Bereiche, wo wir viel Öffentlichkeitsarbeit vor uns haben. Mit den Schulungsangeboten für PersonalvertreterInnen in allen 9 Bundesländern im Herbst/Winter/ Fröhjahr 2014/15 haben wir einen Schritt gesetzt. Dabei geht es uns darum, die KollegInnen zu ermächtigen, damit die LehrerInnen die ihnen schon heute zustehenden Rechte (z.B. gegen die Willkür von DirektorInnen und Schulaufsicht)



*Gabriele Atteneder*

nutzen und so immer mehr Selbstbewusstsein entsteht und Demokratisierung von unten voranschreiten kann. Wir müssen den Schulleitungen, der Schulaufsicht, dem Ministerium und der Regierung klar machen, dass das Ziel der Bildung aufrechte, selbstständig denkende, demokratisch gesinnte Menschen sind. Und dass dieses Ziel nur mit ebensolchen LehrerInnen und Lehrern erreicht werden kann.

Danke, Gary, für deine engagierte Arbeit in der ÖLI-UG und für das Interview.

## Abschied von einem Wegbegleiter

... von einem geschätzten Kollegen, von einem großartigen und treuen Freund!



### **Wolfgang Tasler, 1954-2015**

*zuletzt ÖLI-UG-Mandatar im  
Fachausschuss BMHS-NÖ*

Wie hast du dich gefreut, als du mit Beginn des abgelaufenen Schuljahres in deinen geliebten Beruf zurückkehren durftest. Es war berührend mitzuerleben, wie glücklich du warst, wieder unterrichten zu dürfen, wie sehr du deinen Neustart als Klassenvorstand herbeigesehnt hast.

Die heimtückische Krankheit schien besiegt. Dein grenzenloser – schon

immer ansteckend wirkender – Optimismus ließ deine Freunde und Kollegen schließlich an die vollständige Genesung glauben – alle wollten daran glauben. Langsam verblasste der Schock, den deine Erkrankung bei uns allen ausgelöst hatte.

Viele konnten und wollten sich nicht vorstellen, dich nicht mehr in unserer Mitte zu erleben. Zu sehr hast du in den letzten Jahrzehnten das Leben an unserer Schule mitgeprägt. Es waren deine besonderen Eigenschaften, die dich für viele von uns für immer unvergesslich machen. Es wäre ein untauglicher Versuch, sie alle nennen zu wollen. Nur einige, wenige möchte ich hervorheben.

Da war einmal deine legendäre Hilfsbereitschaft. Vom Computerproblem, über handwerkliche Unterstützung bis hin zum geschätzten Rat in vielen Lebenssituationen. Du warst immer zur Stelle, wenn Hilfe von Nöten war.

Du warst unbeugsam, wenn es darum ging, sich als Personalvertreter für Kollegen einzusetzen. Nie bist du in dieser Funktion den leichten Weg gegangen, sondern immer den gerechten. Auch dabei war dir ein respektvoller Umgang mit allen Menschen deines Umfeldes überaus wichtig. Die An-

erkennung, die du deinen Schülern – besonders als Klassenvorstand – entgegengebracht hast, führte in manch einem Fall zu dauerhaften Kontakten, die Jahre über die Schulzeit währten. Die Wertschätzung, die du Schülern, Kollegen, Vorgesetzten und Freunden entgegengebracht hast, sollte für dich aber immer eine wechselseitige sein. Als Personalvertreter warst du immer freundlich, verzeihend, nie lange böse, nie unterwürfig, immer aufrecht.

Deine offene Art, Dinge direkt und sofort anzusprechen, wirkte auf manche befremdend. Die große Schar deiner Freunde und Bekannten wusste aber genau diese Eigenschaft so sehr zu schätzen. Ehrlich sein und ehrlich bleiben, das war für dich ein Grundprinzip.

Vielen von uns wirst du sehr fehlen. Viele haben einen geschätzten Kollegen und wertvollen Bekannten verloren, einige den besten Freund!

Du fehlst mir sehr!

Erschienen im Jahresbericht der HLW Tulln  
*Helmut Sinabell*

## Besoldungs-/Pensions-/Dienstrechtsberatung



Das Jahr 2015 hat mit dem seit 12. Februar neuen Besoldungsrecht, dem ab 1. September geltenden „pd“-LehrerInnendienstrecht, der neuen Matura sowie vielen neuen Lehrplänen und anderen neuen Verordnungen und Gesetzesänderungen große Veränderungen gebracht.

Wir versuchen auf [www.oeliug.at](http://www.oeliug.at) immer möglichst aktuell zu berichten. Ihr könnt dort auf der Kontaktseite eure Fragen und euren Beratungsbedarf anmelden oder an [a@oeli-ug.at](mailto:a@oeli-ug.at) mailen oder 0680 2124358 (Gary Fuchsbauer) anrufen.

## kurz & bündig

### ÖLI-Seminar war.

Vom 20. bis 23. Oktober fand das gemeinsame Seminar der AHS-, APS- und BMHS-AktivistInnen der ÖLI/UG in Raabs an der Thaya/NÖ statt. Am ersten Tag leisteten uns 10 KollegInnen Gesellschaft, die in letzter Zeit in Pension gegangen sind und denen hiermit – sicher nicht zum letzten Mal – für ihr Engagement herzlich gedankt wird.

Reinhard Sellner hingegen befindet sich in einem ausgeprägten Unruhestand und berichtete aus diesem in seinen Funktionen als Vorsitzender der UGÖD, sowie als Bildungsreferent der GÖD über die Konsequenzen der Anerkennung der UGÖD als Fraktion der GÖD, die allesamt mit dem Prädikat „sehr erfreulich“ versehen werden müssen. Dadurch beflügelt, widmeten wir uns dem Feilen an der Optimierung unserer Zeitung „Kreidekreis“. Das Ergebnis dieser Bemühungen halten Sie soeben in Händen. Das neue Redaktionsteam bittet übrigens um Beiträge für den „Kreidekreis“. Wir wollen eine facettenreiche Publikation anbieten, in der viele Leute zu Wort kommen.

61 Flüchtlingskinder müssen nicht von einem Tag auf den anderen ihre Schule verlassen, wie dies zunächst von Ministerium und Landesschulrat angeordnet worden war. Sie können bleiben, bis ihre adäquate Betreuung und Förderung gesichert ist. Und alles

begann mit einem Solidaritätsmail der ÖLI Seminar TeilnehmerInnen an die betreffende Schulleitung.

Dann war Zeit für Arbeitsgruppen, schultypenspezifisch aber auch – übergreifend. Wir diskutierten unter anderem über die Wahl eines Schulleitungsteams auf Zeit, die Gemeinsame Schule, ein neues Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst und die Zentralmatura. Und es gab auch genug Zeit für Dienst-/Besoldungs-/PV-Rechtsschulung.

Weiter geht's! Durch die letzten Wahlen gestärkt, in jeder Hinsicht stabil und gut geölt, streiten wir für echte Demokratie und Gleichberechtigung – einfach ÖLI, wie schon die letzten drei Jahrzehnte.

### ÖLI/UG

Als Reaktion auf die Budgetrede des Finanzministers stellen die ÖLI-Mitglieder der erweiterten Bundesleitung, Wilfried Mayr, Renate Brunnbauer, Andreas Chvatal, Margit Holzschuster, Wolfgang Haag, Gabi Bogdan, Karl Pötz, Barbara Gessmann-Wetzinger, folgenden Antrag an die Bundesleitung der Gewerkschaft der Pflichtschullehrer und Pflichtschullehrerinnen:

„Die Bundesleitung möge beschließen: Die Bundesvertretung der GÖD 10 protestiert gegen das Vorhaben der Bun-

desregierung, beim Bildungsbudget weiter zu sparen. Für den Fall eines dahingehenden Parlamentsbeschlusses werden drastische gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen angekündigt.“ Die unabhängigen GewerkschafterInnen halten weiters fest: „Wir brauchen JETZT Investitionen in die Bildung!“, denn die Aufgaben, wie die Umsetzung der Inklusion, die Verbesserung ganztägiger Schulformen und der Betreuung von Flüchtlingen und Kindern mit Migrationshintergrund sind mit einem Sparbudget nicht professionell zu erfüllen. Die im Bildungsbudget fehlenden Mittel dürfen nicht durch zusätzliche Belastungen der LehrerInnen aufgebracht werden. Unsere Belastungsgrenze ist erreicht.

### Schulreform

Mehr als fraglich ist, ob die als Jahrhundertwurf der SPÖ-ÖVP-Regierung angekündigte Schulverwaltungsreform die Mehr- und Doppelgleisigkeit von Kompetenzen zugunsten einer klar nachvollziehbaren bundesweit einheitlichen Schul- und Budgetzuständigkeit aufhebt, oder ob das, in der Frage der Bildungsangebote für jugendliche Flüchtlinge erneut sichtbar gewordene Wirrwarr von Landeskompetenzen und der Bundesverantwortung fortgesetzt wird - aus großkoalitionärer Rücksicht der SPÖ auf Landeshauptmanns- und Landespartei-Interessen.



**unabhängige bildungsgewerkschaft**

**[www.bildungsgewerkschaft.at](http://www.bildungsgewerkschaft.at)**

**Rechtsschutz**

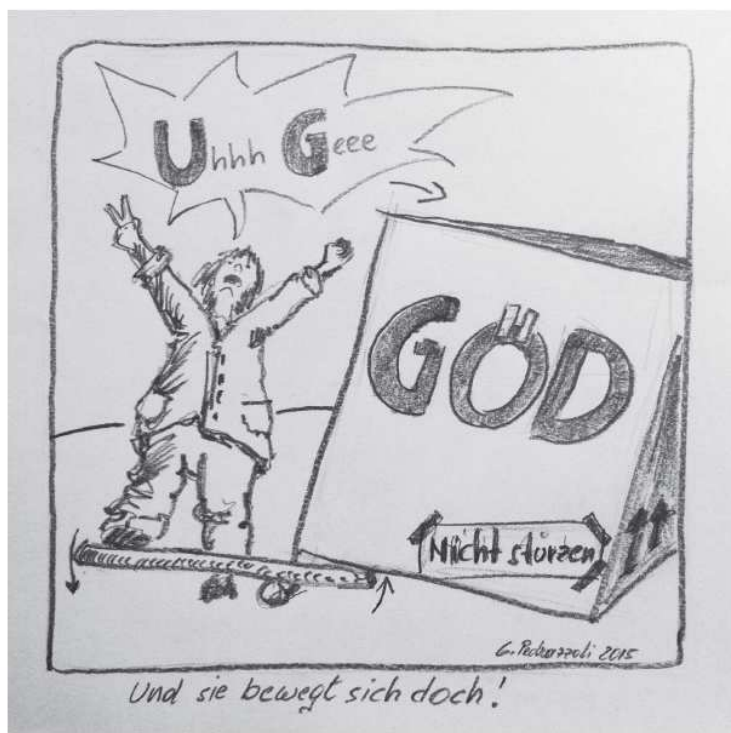
**Beratung**

**Service**

**18 € Mitgliedsbeitrag**

# Und sie bewegt sich doch, die GÖD

von Gary Fuchsbauer



Es ist ein Erfolg für die UGÖD und ein wichtiger Impuls für parteiunabhängige Gewerkschaftsarbeit im öffentlichen Dienst: Die Unabhängigen GewerkschafterInnen sind nach drei Jahren Rechtsstreit und einem OGH-Spruch endlich im GÖD-Vorstand.

Mehr Demokratie ist möglich, kommt aber nicht von selbst oder von oben, sondern muss von unten, von den Betroffenen durchgesetzt werden. Wir haben unser innergewerkschaftliches Ziel dank der solidarischen Unterstützung vieler KollegInnen erreicht, die

Mühen der Ebene gehen weiter. Langer Atem war notwendig, illusionsloser Optimismus und viel Geduld: Wir hab'n „an Richter“ braucht“, denn Sachargumente, engagierte gewerkschaftliche Arbeit, Personalvertretungs- und Betriebsratsmandate allein haben die absolute FCG-Mehrheit und ihren kleinen Koalitionspartner nicht bewegen können. Drei Jahre Rechtsstreit und einige Gerichtsurteile, darunter eines vom Obersten Gerichtshof, waren notwendig, bis die Unabhängigen GewerkschafterInnen ihr GÖD-Vorstandsmandat besetzen und als gleichberechtigte dritte Fraktion von FCG und FSG anerkannt wurden, entsprechend Wahlergebnissen und GÖD-Statut.

Seit 22.6.2015 ist Reinhart Sellner, 0676 3437521, reinhart.sellner@goed.at, Mitglied des GÖD-Vorstands und Bereichsleiter Bildung, und Beate Neunteufel-Zechner, 0681 20903059, beate.neunteufel-zechner@onb.ac.at, Mitglied im GÖD-Frauenausschuss. Beide wurden am 16.10. als UGÖD-Vorsitzteam wiedergewählt. Glück auf! Join the Union - Change the Union! [www.ugoed.at](http://www.ugoed.at)

## An den Kreidekreis

Liebe Kreidekreisredaktion !

Habe wieder einen neuen KrKr heruntergeladen, ausgedruckt und verschlungen. Leider trifft Ihr den Zustand besonders in der NMS meist punktgenau. Habe den KrKr auch wieder kopiert und im Konferenzzimmer aufgelegt . Aber die meisten meiner Kolleginnen (90%) lesen nix und ducken sich nur ....Von den 90.000 Stück hat unser Kozi kein Exemplar erreicht. Vielleicht sind die KrKr im Papiercontainer vor der Schule gelandet ??? Aber

ich find ihn trotzdem auf eurer Seite. Habe einige Artikel von Prof. Krautz im Internet gelesen. Vermutlich kennt ihr die schon. Wenn da nur die Hälfte stimmt ist das mehr als Sprengstoff. Auf folgende Artikel möchte ich hinweisen: ‚Kompetent, aber denkfaul?‘ Oder ‚Auf dem Niveau eines Heizkörperthermostaten‘, ‚Kompetenzen machen unmündig‘, ‚Die Macht der Messung. Wie die OECD mit Pisa ein neues Bildungskonzept

durchsetzt‘, usw. Freu mich schon auf die nächste Ausgabe, hoffentlich wieder mit Koll. Pedrazzoli, Koll. Mayr, Koll. Wölflingseder.

*T.K. per Mail*  
(Ein an zunehmender 4.0-NMS-Mikro-Kompetenzen-Feinstaubbelastung in unserer Schule leidender Kollege aus dem Kaiserreich unter der Enns).

# Kreidekreis-Galerie

[www.ernst-hager.at](http://www.ernst-hager.at)

## Ernst Hager

Schallersdorf 8

4212 Neumarkt

Sämtliche Bilder

*Ligurische Impressionen*

Öl auf Papier | 70 x 50 cm | 2014

Ernst Hager arbeitet als Künstler und Kunstvermittler in Oberösterreich.



**Dr. Gabriele Tautscher ist Anthropologin mit Forschungsschwerpunkt im Himalayaraum (Nepal, Bhutan, Tibet) und Indien.**

Sie arbeitet als Lektorin am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie und am SA-Institut der Universität Wien. Seit vielen Jahren führt sie Kulturreisen in Asien. Seit 2008 arbeitet sie an einem eigenen Konzept für kulturelle ‚Themenreisen‘ mit dem Anliegen Kulturinteressierte an Ort und Stelle (in Nepal, N-Indien, Ladakh und Tibet) in die lokale Kultur und deren Wissen einzuführen.

Auf ihren Reisen nähern Sie sich dem Land über seine charakteristischen Themen an, um so authentisch wie möglich in dessen Lebenswelt einzutauchen und die Kultur zu erleben. Sie reisen entlang ausgewählter Routen. Je nach Land und Region begegnen Sie Textilestern, Künstlern, Schamanen und Gelehrten. Ziel der Reise ist es, Sie aus einer anthropologischen Expertise zu einem tieferen Verständnis der jeweiligen Kultur und

**über und von Kulturen lernen..  
... anthropologische Reisen**

**mit Cultures Connect**

Jede Reise wird wie ein Projekt zu den Kulturen in **INDIEN, NEPAL, TIBET und BHUTAN** geplant. Sie sollen erleben, begegnen, teilnehmen, und verstehen.

**Unsere Reise zu den Weihnachtsferien: 24.12.15 - 6.1.16, 14 Tage**

**INDIEN: EINE REISE INS INNERE VON GUJARAT**

**ein Wintertraum zu den Fäden der Identität von Kutch, zu Flamingos + Wildesel im Rann von Kutch und zu Gandhis Erbe in Ahmedabad**, in ein authentisches Indien: Eine einzigartige Reise abseits des Massentourismus in welcher Sie den alten indischen Kulturen und Künsten näher kommen.

**INFOS + BUCHUNG**

**[www.cultures-connect.net](http://www.cultures-connect.net)**

[gabriele.tautscher@cultures-connect.net](mailto:gabriele.tautscher@cultures-connect.net)

Gesellschaft zu führen und Ihnen gleichzeitig ein einmaliges Reiseerlebnis zu ermöglichen.

Um den Lehrenden an den österreichischen Schulen eine Teilnahme zu ermöglichen, bietet Gabriele Tautscher nun Reisen auch zu Ferienzeiten an: Zu Weihnachten nach Gujarat in Nordwest-Indien, zu Ostern nach Bhutan,

und in den Sommerferien eine ganz spezielle Monsunreise nach Südindien. „Reisende, wir sind keine Menschen auf einer spirituellen Reise, wir sind Spirituelle auf einer menschlichen Reise,“ eine Indianische Weisheit. Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage von [www.cultures-connect.net](http://www.cultures-connect.net).



**Solebenwie  
ich will.com**

## Sie möchten gelassen und durchsetzungsstark dem Schulalltag begegnen?

Sie hätten gerne ein **Handwerkszeug**, um souveräner und **nervenschonender** durch den Alltag zu navigieren? Ein Repertoire an Handlungsmöglichkeiten, um schwierige Situationen mit Schüler/innen, Eltern, Kolleg/innen und der Direktion zu meistern. Methoden, um mit zusätzlichen, sinnleeren Tätigkeiten zurecht zu kommen.

Dann sind Sie bei **solebenwieich will** richtig. Unsere Seminare, Workshops, Coachings und Onlinekurse unterstützen Sie bei Ihrem Ziel, standfest und selbstsicher den Alltag zu meistern.

Mit unseren **Selbstlernkursen für innere Stärke** können Sie in Ihrem Tempo an Ihrem Ziel arbeiten – ohne lange Anfahrtswege zu einem Seminar und ohne an fixe Termine gebunden zu sein!



**Solebenwie  
ich will.com**

### **Innere Stärke 1: Grenzen setzen**

- Abgrenzung & Nein-Sagen
- auf eigene Bedürfnisse und Werte schauen
- mit sich selbst versöhnlicher umgehen
- Umgang mit Kritik & Selbstkritik
- Energiereserven gut gefüllt halten

### **Innere Stärke 2: Klar kommunizieren**

- Wie die anderen uns sehen
- Versöhnung mit unseren ungeliebten Seiten
- Kommunikation auf Augenhöhe
- Missverständnissen vorbeugen
- Das innere Team und Konflikte darin

**LehrerInnen-Sonderpreis bis 30. November:**

**"Innere Stärke" 1&2 im Doppelpack für Sie um 172 € (statt 216 €)**  
[www.solebenwieichwill.com/onlinekurse/lehrer-special.html](http://www.solebenwieichwill.com/onlinekurse/lehrer-special.html)